

Karl Czasny
24.5.2020

Zur ökonomischen Dimension der COVID-19-Pandemie

Wirtschaftsexperten aller Lager sind ausnahmsweise völlig einig: Im Gefolge der COVID-19-Pandemie schlittern wir derzeit in eine schwere Weltwirtschaftskrise hinein. Bei ihren Bemühungen um ein Verstehen des dramatischen Geschehens weichen die konkurrierenden ökonomischen Schulen aber recht deutlich von einander ab. Und jene Differenzen sind Spiegelbilder ihrer jeweils unterschiedlichen Sicht auf die grundlegenden Funktionsprinzipien unseres Wirtschaftssystems. Ich will diese Gegensätze hier etwas genauer betrachten und mich dabei auf den Neoliberalismus, die an J. M. Keynes anknüpfende Ökonomie sowie den Marxismus beschränken. Es sind das mir besonders wichtig erscheinende Ansätze, wobei ich nicht verheimliche, selbst der letztgenannten Position zuzuneigen.

Sparwut macht Wutsparer

Die aktuelle Grundstimmung vieler Repräsentanten der ersten dieser drei Schulen erinnert an Beethovens berühmtes Klavier-Rondo mit dem Titel *"Die Wut über den verlorenen Groschen"*. Nachdem eine den neoliberalen Lehren folgende Politik jahrzehntelang alles dafür getan hatte, um Sparern und Anlegern konstant hohe Kapitaleinkünfte bei stabilem Preisniveau zu sichern, kam es vor einigen Jahren zu einer wirtschafts- und geldpolitischen Kurskorrektur, welche die Realzinsen der Sparguthaben ins Minus drückte. Da kann man schon wütend werden, und zwar nicht nur als neoliberaler Ökonom sondern auch als Sparer. Solch wütende Sparer kaufen sich hierzulande sehr gern die Bücher von Rahim Taghizadegan, weil schon deren Titel vielversprechend sind. Und nach der Lektüre von *"Geld her oder es kracht!"* und *"Vom Systemtrotteln zum Wutbürger"* glauben sie endlich zu verstehen, warum es so kommen musste, wie es kam. Denn ihr Autor wird es wohl wissen, ist er doch Schüler eines Schülers von Friedrich von Hayek (1899-1992), dem Vordenker des Neoliberalismus.

Für die heimische Politik ist die von Taghizadegan vertretene Position von besonderer Bedeutung, da sie nicht nur den einfachen Wutsparer von der Straße anspricht. Dank entsprechender Nominierung durch unsere große Wutsparerpartei (FPÖ) sind derzeit sowohl der Gouverneur, als auch die Vizepräsidentin des Generalrats der Nationalbank Anhänger der Ideen Hayeks. Nebenbei bemerkt, trat bei derselben Wahl, die Österreich zwei von Hayek inspirierte Währungshüter bescherte, auch eine kleine Wutsparerpartei an. Es war dies die Liste „*Meine Stimme G!LT*“ des Kabarettisten Roland Düringer, seinerseits Koautor eines der Bücher von Rahim Taghizadegan. Es trägt den Titel *"Das Ende der Wut"*, was aber keine Anspielung auf das Happy End der Karrieren von FPÖ-nahen Wirtschaftsexperten sein will.

Wenn ich Hayek soeben als Vordenker des Neoliberalismus bezeichnete, muss ich nun präzisieren, dass er bloß **einer von zwei** Vätern dieser Schule der Wirtschaftspolitik war. Der andere hieß Milton Friedman (1912-2006) und gilt als geistiges Oberhaupt des sogenannten **Monetarismus**. Seine Studenten an der University of Chicago, die

berühmtesten "Chicago boys", wurden in den neunzehnsiebziger Jahren zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratern des chilenischen Diktators Pinochet, und aktuell reicht Friedmans Einfluss in den USA bis zur Szene der Anarchokapitalisten (dem US-Pendant unserer Reichsbürger). Einem ihrer Wortführer, dem Autor, Blogger und Podcaster Thomas Woods verlieh die neue Vizepräsidentin der Nationalbank letztes Jahr in deren Räumlichkeiten den "*Hayek Lifetime Achievement Award 2019*". Sie verwehrte sich schon im Vorfeld dieses Events energisch gegen den Vorwurf, dass Woods, ein Mitbegründer der rassistisch-nationalistischen "*League of the South*", rechtsextrem sei. Vielleicht sieht sie das ganz richtig. Woods ist einfach ein amerikanischer Wutsparrer, und die sind dort eben noch einen Tick wütender als bei uns. Was man insofern verstehen kann, als in den USA die Altersvorsorge sehr vieler Menschen von der Entwicklung ihrer Sparguthaben bei diversen Pensionsfonds abhängt.

Gemeinsames Feindbild Keynes

Die wichtigste theoretische Gemeinsamkeit zwischen Hayek und Friedman liegt in ihrer Ablehnung der Theorie von John Maynard Keynes (1883-1946), welcher seinerseits die Lehren aus dem vollständigen Versagen des Markts in der großen Depression von 1929 gezogen hatte. Die anderen bürgerlichen Ökonomen der damaligen Zeit sahen im Markt ein kontinuierlich zum **Gleichgewicht** strebendes System, bei dem die Preise für jedes Angebot so lange sinken, bis sich genügend Nachfrage findet. Angesichts des starken Rückgangs der Wirtschaftsaktivität im Jahr 1929 hoffte man deshalb zunächst, dass der parallele Sinkflug aller Preise, insbesondere der für die Ware Arbeitskraft bezahlten Löhne, bald zum Wiederanspringen von Produktion und Nachfrage führen müsse. Als nichts dergleichen geschah, und die Arbeitslosigkeit entsprechend hoch blieb, merkte man dann, dass irgendwas nicht stimmte mit dem Gleichgewichtsmodell.

Erst Keynes erkannte aber schließlich, dass das Sinken der Arbeitskosten die Gewinnerwartungen der Unternehmer nicht ausreichend beleben konnte, weil die Preise **noch stärker** gesunken waren als die Löhne. Es gelte daher, das gesunkene Preisniveau durch Stimulierung der Nachfrage wieder zu erhöhen. Er empfahl zu diesem Zweck eine Senkung der Zinssätze und eine Abwertung der Währungen gegenüber dem Gold bzw. alternativ eine Beseitigung der rigiden Goldparitäten. Diese Schritte allein seien aber nicht ausreichend für eine wirkungsvolle Erhöhung der Nachfrage. Solange nämlich die Gewinnerwartungen zu niedrig seien, könnten selbst niedrigere Zinsen die Unternehmen in einer Krise nicht mehr zum Investieren bewegen. Der erste Anstoß zur Bewältigung der Krise müsse daher durch Ausweitung der **kreditfinanzierten Ausgaben der öffentlichen Hände** gegeben werden.

Nach der Umsetzung von Keynes' Vorschlägen setzte unerwartet rasch ein im Gefolge von Rüstungskonjunktur, Kriegszerstörung und Wiederaufbau nachhaltig werdender Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft ein, der erst in den neunzehnsiebziger Jahren zu Ende ging. Damals verloren die kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben allmählich an Stimulationskraft, während sich die (ursprünglich erwünschten!) inflationären Effekte der keynesianischen Geldpolitik so unangenehmer bemerkbar machten,

dass bald das Schlagwort von der *"Stagflation"* die Runde machte. Heilung dieses Übels versprachen nun die neoliberalen Ökonomen, die wieder voll auf die zum Gleichgewicht tendierenden Selbstheilungskräfte des Marktes setzten. Staatseingriffe ins Investitionsgeschehen würden sich letztlich immer nur störend auswirken. Und auch die Geldpolitik habe nach Überzeugung der jetzt immer einflussreicheren Monetaristen bloß der von den Güter- und Dienstleistungsmärkten vorgegebenen Dynamik zu folgen, anstatt eigenständige Wachstums- oder Dämpfungsimpulse geben zu wollen.

Hayek versus Friedman

Mindestens ebenso wichtig wie die erwähnte Gemeinsamkeit sind die Gegensätze zwischen den beiden Vordenkern des Neoliberalismus. Deren genauere Betrachtung zeigt, dass die Verleihung des *"Hayek Lifetime Achievement Awards"* an einen Anarchokapitalisten, kein Ausrutscher war, sondern als programmatisches Signal unserer neuen Nationalbankspitze verstanden werden muss. Ist doch das für sie richtungsweisende Denken Hayeks durch **noch radikalere Marktgläubigkeit und Staatsskepsis** geprägt als Friedmans Gedankenwelt. Hayek kritisierte nämlich die monetaristische Theorie seines amerikanischen Gegenspielers im Hinblick auf die ihr zugrunde liegende Methode als einen **versteckten Keynesianismus**, womit er folgendes meinte:

Nachdem die zur Zeit der großen Depression von 1929 tonangebenden Ökonomen sich auf die Analyse einzelner Märkte beschränkt und dabei den Blick auf das volkswirtschaftliche Ganze verloren hatten, fasste Keynes als erster wieder gesamtwirtschaftliche Phänomene wie Konjunktur, Gesamtnachfrage und Gesamtangebot ins Auge. Friedman ersetzte dann bloß Keynes Hypothesen über die zwischen den verschiedenen makroökonomischen Aggregaten bestehenden Zusammenhänge durch andere Vermutungen. Er übernahm dabei aber die gesamtwirtschaftliche Betrachtungsperspektive seines großen Antipoden. Hayek dagegen wies die makroökonomische Betrachtungsweise zurück, weil sich die aus seiner Sicht allzu große Komplexität des gesamtwirtschaftlichen Beziehungsgefüges der an Gesetzmäßigkeiten und Prognosen orientierten wissenschaftlichen Analyse verschließe.

Auch Friedmans makroökonomische Hypothesen zum Geldsystem und die daraus folgenden Ratschläge für die Geldpolitik lehnte Hayek mit der Begründung ab, dass sie der tatsächlichen Komplexität der Verhältnisse nicht angemessen seien. Hayek selbst wollte die seiner Meinung nach zu bedenkenloser Verschuldung missbrauchte Monopolherrschaft des Staates über das Geld brechen und entwarf die Utopie eines Geldsystems mit einem freien Wettbewerb privat angebotener Währungen. Private Geldproduzenten sollten so viel Geld emittieren wie sie nur wollten. Solange sie im Wettbewerb mit einander stünden und solange die Bürger die von ihnen bevorzugte Währung frei wählen dürften, sei Währungsstabilität gesichert. Denn Geld sei die einzige Sache, die durch Konkurrenz nicht billiger werde, weil seine Attraktivität gerade darauf beruhe, einen stabilen Preis zu besitzen.

Hayek wurde mit dieser geldpolitischen Utopie zum Ahnvater aller aktuellen Bemühungen um die Etablierung eines Systems der **Kryptowährungen**. Und die brutalen

Implikationen seiner Wettbewerbsideologie sind denn auch eines der Hauptargumente gegen alle einschlägigen Bemühungen. Damit sich nämlich einige wenige der (derzeit) über tausendfünfhundert (!) Kryptowährungen im Wettbewerb durchsetzen können, müssen unzählige Sparer, die dummerweise auf die falsche Kryptowährung gesetzt haben, einen mehr oder weniger großen Teil des Werts ihrer Guthaben in den Kamin schreiben. Diesen Loosern bleibt dann nur ein einziger Trost: Sie sind unverzichtbare und zentrale Akteure der auf dem Konkurrenzprinzip beruhenden Ökonomie. Denn ohne ihr Opfer kann der Wettbewerb nicht funktionieren.

Hayek und der Corona-Schock

Der eingangs erwähnte Hayek-Adept Rahim Taghizadegan durfte jüngst im Rahmen eines ausführlichen Interviews in der Ö1-Wirtschaftssendung *"Saldo"* seine Sicht auf die gerade Fahrt aufnehmende Krise ausbreiten. Für ihn ist sie nur eines jener großen, im Kapitalismus periodisch zu feiernden Opferfeste: Geschürt durch unverantwortliches Schuldenmachen der öffentlichen Hände habe sich in den letzten Jahren eine *"Blasenwirtschaft"* etabliert, die auch ohne das Virus demnächst irgendwann geplatzt wäre. Nach der Krise werde nur übrig bleiben, was *"wesentlich"* ist. Das gelte in Österreich etwa für den Tourismussektor, wo es vermutlich vor allem im Bereich des Massentourismus zu entsprechenden Bereinigungen kommen werde.

Die Gegensteuerungsmöglichkeiten von Staaten, Zentralbanken und supranationalen Organisationen beurteilt Taghizadegan äußerst skeptisch. Zum einen ist für ihn in guter alter Hayek-Manier die Komplexität des Krisengeschehens so hoch, dass es durch einfache geldpolitische Maßnahmen nicht mehr steuerbar ist. Und zum anderen hätten die Zentralbanken wegen ihrer bereits seit Jahren praktizierten Nullzinspolitik bereits ihr gesamtes Pulver verschossen. Auch der unter dem Motto des *"Koste es, was es wolle"* forcierten Staatsverschuldung kann er erwartungsgemäß nichts abgewinnen. Er sieht in ihr nur die verhängnisvolle Dynamisierung einer bereit seit Jahren in Gang befindlichen Entwicklung, welche er als *"Monetarisierung der Staatsschuld"* bezeichnet.

Während der klassische Keynesianismus noch davon ausging, dass die Möglichkeit zur Staatsverschuldung begrenzt sei, weil künftige Steuerzahler die jetzt aufgenommenen Schulden einst zurückzahlen müssten, kaufen nun mächtige, und daher unsinkbare Zentralbanken wie die der EU und jene der USA die Schuldtitel der einzelnen Staaten mit selbst geschöpftem Geld auf. Das Geld verliere dadurch seinen Bezug zur Realwirtschaft und werde zu einer Art **Punktesystem**, das denen viel Macht gibt, welche die (Geld-) Punkte zuteilen, und denen die größten Vorteile bringt, welche den besten Zugang zu jenen (Geld-) Punkteverteilern haben. Während diese Monetarisierung der Staatsschuld zwar dabei helfe, die bei Überschuldung drohende Gefahr des Staatsbankrotts zu vermeiden, bestehe nun das Risiko der Entstehung von völlig unkontrollierbaren Schwankungen des Geldwerts, wobei es abwechselnd zu deflationären Schocks und Inflationsschüben kommen könne. Dies würde ein vorausschauendes Wirtschaften verunmöglichen und Panikreaktionen auslösen, auf welche die Geldpolitik dann mit Kapitalverkehrskontrollen reagieren müsse, die letztlich nur zu einer weiteren Verschärfung der Krise beitragen würden.

Die Wiederauferstehung von Keynes

Die von den Neoliberalen beklagte Monetarisierung der Staatsschulden ist die vorläufig letzte Konsequenz einer Rückbesinnung der Regierungen auf die keynesianischen Rezepte für die Geld- und Fiskalpolitik. Anlass dieser Wiederauferstehung des Keynesianismus in vielerlei Variationen, etwa als Post-, Neo-, Neu-, oder Linkskeynesianismus, sind zwei mit einander zusammenhängende Entwicklungen, für welche die Keynesianer den seit den neunzehnsiebziger Jahren vorherrschenden Neoliberalismus verantwortlich machen: Zum einen die seit längerem andauernde strukturelle Wachstumsschwäche der Weltwirtschaft und zum anderen die Finanzkrise des Jahres 2008. Beides sei letztlich verursacht durch den bedingungslosen Glauben der neoliberalen Wirtschaftslenker an die Selbststeuerungsfähigkeit eines von allen Schranken befreiten Marktes. Denn im Lichte dieser Überzeugung habe man **zwei falsche Weichenstellungen** vorgenommen, die für alle nun mit zunehmender Schärfe auftretenden Probleme verantwortlich seien.

Die **erste** dieser Weichenstellungen umfasse verschiedenste handels- und geldpolitische Maßnahmen zur **Deregulierung** der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital. Durch sie seien die Spielregeln der Kapitalakkumulation so sehr zugunsten des Finanzkapitals und der Sparer verändert worden, dass nun die Renditen des hinter der Produktion von Gütern und Dienstleistungen stehenden Realkapitals auf der Strecke blieben. Das habe in der Folge einerseits zu der erwähnten strukturellen **Wachstumsschwäche der Realwirtschaft** geführt und andererseits einen so großen **Überfluss** an Anlagemöglichkeiten suchendem **Finanzkapital** erzeugt, dass immer wieder spekulative Preisblasen entstünden, die dann schlimmstenfalls weltweite Finanzkrisen wie jene des Jahres 2008 auslösen könnten. Die **zweite**, komplementäre Weichenstellung betraf die **Rolle des Staates** im Wirtschaftskreislauf. Um immer mehr Verantwortung für gesellschaftliche Erfordernisse auf die von ihm entfesselten Märkte verlagern zu können, habe der Neoliberalismus die Funktionen des Staates durch systematische Reduktion der Steuerquote bei gleichzeitiger Etablierung strenger Verschuldungsgrenzen auf ein Minimum zurückgeschraubt.

Theoretische Basis dieser Kritik am Neoliberalismus ist weniger ein prinzipieller Zweifel am automatischen Streben des Marktes zum Gleichgewicht, als vielmehr die Einsicht, dass sich dieses Gleichgewicht auf ganz **unterschiedlichen Niveaus** der Beschäftigung, des Massenwohlstands, der sozialen Ungleichheit, des Ressourcenverbrauchs bzw. der Umweltzerstörung herausbilden kann. Und die Schlussfolgerung der Keynesianer aus jener Einsicht ist eine **Neudefinition der Funktion des Staates** im Wirtschaftskreislauf. Sie sehen ihn nicht als ungeliebtes Residuum, sondern als einen gleichberechtigten Partner der Unternehmen und Haushalte, der im Zusammenspiel mit diesen beiden anderen Partnern eine sehr dynamische Rolle spielen müsse. Er habe nämlich durch investive, fördernde und regulative Eingriffe in die wichtigsten Märkte dafür zu sorgen, dass sich deren Gleichgewicht auf einem in ökologischer, sowie sozial- und gesellschaftspolitischer Hinsicht akzeptablen Niveau einstelle.

Diese neue Sicht der Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf impliziert keinen Freibrief für eine ineffektive und unproduktive Investitions- und Fördertätigkeit der öffent-

lichen Hände. Sie eröffnet aber einen alternativen Zugang zum Problem der Staatsverschuldung. Während die neoliberale Fiskalpolitik nach dem Vorbild einer schwäbischen Hausfrau agiere, und zuerst spare, damit sie dann später im Falle einer Wirtschaftskrise investieren könne, müsse der Staat heutzutage **in Vorlage gehen** und sich angesichts der chronisch schwächelnden privaten Investitionstätigkeit permanent verschulden. Denn aus geschickt gesetzten öffentlichen Impulsen resultiere wegen des Auftretens sogenannter Multiplikatoreffekte ein Vielfaches an privater Produktion, Investition und Konsumtion, welches dann in weiterer Folge zu erhöhten Staatseinnahmen führe. Die erwähnten Multiplikatoreffekte sind einer der beiden Gründe dafür, warum die Furcht der neoliberalen Ökonomen vor dem Verlust der Beziehung des Geldes auf die Realwirtschaft unbegründet sei. Der andere Grund liege im niedrigen Niveau der Zinsen, welches den vom Staat zu leistenden Zinsendienst minimiere. Dieses niedrige Zinsniveau sei gleichsam der Preis, den die Haushalte als Sparer neben ihrer Steuerleistung für die heutzutage unerlässliche aktive Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf zu zahlen hätten.

Whatever it takes

Die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der meisten Staaten bemühte sich in den letzten Jahren um einen **Kompromiss** zwischen neoliberalen und keynesianischen Prinzipien, wobei bürgerliche, liberale und rechtspopulistische Parteien eher den neoliberalen Positionen zuneigten, während sich sozialdemokratische und grüne Parteien stärker an keynesianischen Grundsätzen orientierten. Der Corona-Schock scheint etwas Bewegung in dieses relativ starre Positionsgefüge zu bringen.

Einerseits entdecken nun - so wie in allen größeren Rezessionen seit 1945 - die Politiker des gesamten Mitte-Rechtslagers vorübergehend die Vorzüge des Keynesianismus. Ganz leicht kommt ihnen jetzt "*Whatever it takes*" über die Lippen, man bekreuzigt sich nicht mehr, wenn das schlimme Wort "*Verstaatlichung*" fällt, und jüngste Äußerungen des österreichischen Bundeskanzlers lassen die Hoffnung keimen, dass sogar er nun verstanden hat, wie wichtig eine Sicherung der Kaufkraft unterer Einkommenschichten für eine dynamische Wirtschaft ist. Nach wie vor sehr schwer tut er sich bloß mit der gemeinsamen Verschuldung der Euro-Staaten, weil ihm bei diesem Thema die Wutsparrer und der wiedererstarkende Nationalismus im Nacken sitzen. Da riskiert er lieber einen Angriff der Währungsspekulanten auf die schwächsten Glieder der Euro-Kette. Denn die müssten sich beim Fehlen solidarischer Unterstützung durch die anderen EU-Staaten in einem Ausmaß verschulden, das die Investoren auf den Kapitalmärkten wohl nicht mehr akzeptieren würden.

Andererseits treten in der aktuellen Krise nun auch die zwischen den Keynesianern selbst bestehenden Differenzen deutlicher zu Tage als zuvor. Den eher **technokratisch** orientierten Wirtschaftsexperten dieses Lagers geht es gemeinsam mit dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Mainstream primär um eine rasche und umfassende Rückkehr der Wirtschaft auf einen möglichst stabilen Wachstumspfad, weil ihnen nur auf diesem Weg ein weiterer Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und ein noch stärkeres Auseinanderdriften unserer Gesellschaft vermeidbar erscheint. Die

systemkritischen Keynesianer, hierzulande etwa vertreten durch Stefan Schulmeister und Barbara Blaha, sehen demgegenüber die Chance, die im Kampf gegen COVID-19 kurzfristig sehr stark gewordene Position des Staates für eine **Systemtransformation** zu nutzen. Es gelte daher beim Wiederankurbeln der Wirtschaft eben nicht auf die für die Umwelt und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften zerstörerischen Wachstumsmuster zurückzufallen, sondern einen **Green New Deal** zu starten. Während der klassische, an den Lehren von Keynes orientierte New Deal der Regierung Roosevelt seinerzeit die USA aus der großen Depression der dreißiger Jahre geführt habe, sei es Aufgabe jenes nun anstehenden Green New Deal, sich vom Wachstumsparadigma zu verabschieden und die Etablierung einer **ökologischen und sozialen Kreislaufwirtschaft** in die Wege zu leiten.

Marxistische versus bürgerliche Ökonomie

Aus marxistischer Perspektive befassen sich die neoliberalen und keynesianischen Wirtschaftsexperten als zeitgenössische Vertreter der sogenannten 'bürgerlichen' (sprich: nicht-marxistischen) Ökonomie nur mit der **Oberfläche** des Markts. Sie verstehen daher nicht jenen darunter ablaufenden **Tiefenprozess**, der erst die eigentliche Erklärung des sichtbaren Geschehens liefert. Die Oberflächenbetrachtung zeigt die Wirtschaft bloß als ein unendlich dicht geknüpftes Netz von **Tauschvorgängen**, bei denen der **Preis**, zu dem man eine Ware tauscht, Resultat subjektiver Bewertungsvorgänge ist, die aus den Bedürfnissen der Nachfrager und der jeweils gegebenen Relation von Angebot und Nachfrage (Stichwort: Knappheit) erklärbar ist.

Marxistische Ökonomen bemängeln an dieser Sicht, dass sie nur begreift, warum und wie stark der Preis einer Ware um ein bestimmtes Mittel schwankt, ohne eine Erklärung für die **Höhe** jenes Mittels zu liefern. Besagte Erklärung erschließt sich erst, wenn man den Bezug des Warentausches auf die ihm zugrunde liegende Produktion der Waren betrachtet. Denn diese Betrachtung zeigt, dass der Tausch eine Doppelfunktion für die arbeitsteilige Organisation jener Produktion erfüllt: Er führt nämlich zunächst die Resultate der arbeitsteilig zersplitterten Tätigkeiten auf dem Markt zusammen, um sie dort dann der individuellen Konsumtion zuzuleiten. Bei der Verknüpfung beider Funktionen achten die Produzenten darauf, dass die Menge an gesellschaftlicher Arbeit, die jeder von ihnen für seinen Konsum mobilisieren kann, langfristig genau der Menge an gesellschaftlicher Arbeit entspricht, die er zuvor in die kollektive Produktion eingebracht hat. Damit diese Gleichheit von hergegebener und zurückerhaltener Arbeit realisiert werden kann, ist es erforderlich, dass alle gegeneinander getauschten Waren im längerfristigen Mittel jeweils gleich große Mengen an durchschnittlich intensiver und qualifizierter menschlicher Arbeit repräsentieren. Man nennt die in jeder Ware enthaltene Menge an menschlicher Durchschnittsarbeit ihren **Arbeitswert** und sieht in letzterem die in der bürgerlichen Ökonomie fehlende Erklärung für die Höhe jenes Mittels, um das der Preis schwankt.

Bis zu diesem Punkt geht der Marxismus konform mit der durch Adam Smith und David Ricardo repräsentierten Vorläuferin der zeitgenössischen Volkswirtschaftslehre, welche man als die **klassische Ökonomie** bezeichnet. Durch das von den genannten

Klassikern entwickelte Konzept des Arbeitswerts lässt sich aber bloß die Preisbildung in der sogenannten **einfachen** Warenproduktion beschreiben, bei der alle Arbeitenden zugleich auch Eigentümer ihrer Arbeitsmittel sind. Im Kapitalismus ist dies bekanntermaßen nicht mehr der Fall. Hier sind die Arbeitenden von den Arbeitsmitteln getrennt, weil sie nun deren Eigentümer als Lohnabhängige gegenüberstehen, welche vom beständigen Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Während der **Lohn** als Preis für die verkaufte Arbeitskraft der klassischen Ökonomie kein Problem bereitete, scheiterte sie an der Erklärung des **Profits** des Eigentümers der Arbeitsmittel. Sie begriff nämlich nicht, wie es möglich ist, dass dieser, ohne das Grundprinzip des Tausches gleich großer Arbeitswerte zu verletzen, mehr Kapital aus der Produktion herauszieht, als er am Beginn des Produktionsprozesses beim Kauf von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln investierte.

Erst Marx konnte dieses Rätsel lösen, weil er erkannte, dass die Arbeitskraft mehr Wert schafft, als sie zu ihrer eigenen Reproduktion benötigt. Die auf der Tiefenebene der Produktion stattfindende **Aneignung dieses Mehrwerts** durch die Kapitalisten ist die Erklärung ihrer an der Marktoberfläche erscheinenden Profite. Dieser von Marx als **Ausbeutung** bezeichnete Vorgang ist ein höchst gewalttätiger und widersprüchlicher Prozess, dessen Entfaltung nicht nur allen an der gesellschaftlichen Oberfläche des Kapitalismus erscheinenden Antagonismen zugrunde liegt, sondern dieses Wirtschaftssystem auch von Krise zu Krise taumeln lässt und schließlich dafür verantwortlich ist, dass jene Krisen tendenziell immer umfassender und existenzbedrohender für die gesamte Menschheit werden.

Marxistische Krisentheorie

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, hier darzustellen, wie die marxistische Ökonomie aus der Aufdeckung des zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Ausbeutungsverhältnisses ihre Hauptthesen zur Entwicklung des Kapitalismus ableitet.¹ Ich möchte nur darauf hinweisen, dass aus der eben skizzierten Sicht auf den unter der Marktoberfläche ablaufenden Prozess der privaten Aneignung des kollektiv produzierten Mehrwerts eine **grundsätzliche Differenz** zum neoliberalen bzw. keynesianischen Blick auf die Krisen des Kapitalismus folgt. Wie bereits erwähnt, ist die kapitalistische Marktwirtschaft für die beiden letztgenannten Theorien ein Gleichgewichtssystem, wobei neoliberale Ökonomen davon ausgehen, dass sich vorübergehende Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage von selbst wieder einrenken, während die Keynesianer längerfristiges Gleichgewicht zu akzeptablen sozialen und ökologischen Randbedingungen nur bei entsprechender Staatsintervention für möglich halten. Die marxistische Ökonomie sieht demgegenüber den Kapitalismus in zweierlei Hinsichten als ein prinzipiell **zum Ungleichgewicht tendierendes** System an.

Einerseits erkennt sie, dass das konkurrenzbedingte Bestreben jedes Kapitaleigentümers, so viel Mehrwert wie nur möglich zu akkumulieren, mit Notwendigkeit immer wieder zu gesamtgesellschaftlicher **Überakkumulation** von Kapital führt. In Verbin-

¹ Eine ausführliche Darstellung meiner Sicht auf die marxistische Krisentheorie findet sich in der 2018 im PapyRossa Verlag erschienenen Publikation *"Kritik des Arbeitswerts"*.

derung mit komplementärem Zurückbleiben der zahlungskräftigen Konsumgüternachfrage dämpft dies die durchschnittliche Profitrate und damit die von ihr abhängige Nachfrage der Unternehmen nach weiteren Investitionsgütern so stark, dass eine Wirtschaftskrise folgt. Letztere bewirkt dann (unter anderem) durch die in ihrem Verlauf eintretende Kapitalvernichtung eine vorübergehende Erholung der Profite, worauf ein neuer Krisenzyklus beginnt.

Andererseits lässt die Analyse der Kapitalakkumulation erkennen, dass die durchschnittliche Profitrate nicht nur die den Wirtschaftszyklus hervorrufenden Schwankungen zeigt. Sie unterliegt nämlich zusätzlich einer langfristig bzw. überzyklisch **fallenden Tendenz**. Es handelt sich dabei nicht um eine simple Mechanik, die den Kapitalismus mit quasi-naturgesetzlicher Notwendigkeit zerstört. Denn es gibt eben bloß eine entsprechende Tendenz. Diese führt dazu, dass in bestimmten Phasen der Entwicklung des Akkumulationsprozesses einerseits die Schärfe der Krisen zunimmt, währende andererseits die Kraft der Konjunkturaufschwünge nachlässt. Will der Kapitalismus jene kritischen Phasen überleben, muss er jeweils ein neues Akkumulationsmuster entwickeln. Das ist mit so tiefgreifenden Wandlungen seines gesamten soziokulturellen und politischen Überbaues verbunden, dass die Marxisten vom Übergang zu einem **neuen Akkumulationsregime** sprechen.

Ein derartiger Übergang fand zuletzt ab der Mitte der neunzehnsiebziger Jahre statt, als die lange Nachkriegsprosperität zu Ende ging und die Profitraten in den wichtigsten kapitalistischen Metropolen deutlich sanken. Die damalige Antwort des Kapitals lässt sich als Doppelstrategie beschreiben. Zum einen forcierte man nun energisch die bereits davor angelaufene **Globalisierung** der Kapitalverwertung. Dieses Vorgehen schleuste Massen von unorganisierten Arbeitskräften in den Ausbeutungsprozess ein, was sowohl den Umfang der Aneignung von Mehrwert als auch die von der Schärfe der Ausbeutung bestimmte Rate des Mehrwerts steigen ließ. Zum anderen förderte man auf politischer Ebene die Etablierung **neoliberal agierender Regierungen**. Deren Maßnahmen zur Deregulierung des Kapitalverkehrs und des Finanzsektors schufen den institutionellen Rahmen für eine noch konsequentere Internationalisierung der Produktion. Und der von ihnen in die Wege geleitete Rückbau des Sozialstaates übte zusätzlichen Druck auf die ohnehin bereits von der Globalisierung in die Enge getriebenen Arbeitskräfte der Metropolen des Kapitals aus.

Der Corona-Schock aus marxistischer Perspektive

Letztlich führte die skizzierte Entwicklung zwar zu einer die weitere wirtschaftliche Dynamik bremsenden Vorherrschaft des Finanzkapitals über das Realkapital. Die meisten Kritiker dieser aktuell bestehenden *"Spielanordnung"* übersehen jedoch, dass die skizzierte Doppelstrategie dem Gesamtkapital in den ersten Jahren des neuen Akkumulationsregimes zu einer sehr deutlichen **Ex- und Intensivierung der Ausbeutung** menschlicher Arbeitskraft verhalf. Die Mehrwertbilanz verbesserte sich so stark, dass man den Fall der durchschnittlichen Profitrate vorübergehend stoppen konnte. Entscheidend ist hier das Wort *"vorübergehend"*. Denn alle Versuche, den grundlegenden Widerspruch zwischen kollektiver Erzeugung und privater Aneignung des

Mehrwerts **innerhalb** der Systemgrenzen des Kapitalismus aufzulösen, führten bisher nur dazu, dass jener Widerspruch auf höherer Ebene mit noch größerer Schärfe und noch umfassenderen Konsequenzen neuerlich aufbrach. Und in genau dieser Situation befinden wir uns nun schon seit der jüngsten Finanzkrise. Spätestens seit deren Ausbruch ist das ab den neunzehnsiebziger Jahren etablierte Akkumulationsregime selbst wieder an seine Grenzen geraten. Hat es doch durch die Schaffung globaler Finanzmärkte sowie durch seine menschen- und naturverachtende Art der Internationalisierung der Produktion bewirkt,

- dass aus begrenzten Problemen einzelner nationaler Kapitale weltumspannende Probleme der Kapitalverwertung wurden,
- dass vorübergehende Finanzrisiken einzelner Staaten zu ständig drohenden Weltfinanzrisiken mutierten,
- dass sich lokal begrenzte Umweltschäden zur Weltklimakatastrophe ausweiteten
- und dass Epidemien sehr rasch zu Pandemien werden.

Trotz Inkaufnahme dieser Potenzierung aller inneren Widersprüche des Kapitalismus mehren sich seit einigen Jahren die Anzeichen für ein neuerliches Sinken der durchschnittlichen Profitrate des universellen Ausbeutungssystems. Wichtigste Symptome sind die stark gedämpfte Wachstumsrate des Welt-BIP und die beständig lauende Deflationsgefahr, welche bisher auch durch hektische geldpolitische Stimulationsversuche nicht zu bändigen war. Das zeigt, dass wir wieder an einer der für das Kapital so gefährlichen Sollbruchstellen seines Akkumulationsprozesses angelangt sind.

Aus dieser historisch etwas weiter gefassten ökonomischen Perspektive erscheint das aktuelle Corona-Debakel bei aller Zufälligkeit seines Anlasses bloß als Beginn der **nächsten Etappe** jener umfassenden Existenzkrise des Kapitalismus, zu welcher der Finanzcrash des Jahres 2008 den Auftakt gab. In ihr wird sich entscheiden, ob die Produzenten des Mehrwerts eine Systemtransformation schaffen, oder ob es dem Kapital ein weiteres Mal gelingt, sein Prinzip der privaten Aneignung jenes Mehrwerts durch **Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes** zu retten. Sollte letzteres der Fall sein, deuten sich bereits jetzt einige seiner potentiellen Konturen an. Und die sind zum Teil sehr **bedrohlich**. Denn dieses neue Akkumulationsregime könnte wohl den von den Keynesianern gewünschten ökonomisch aktiven und starken Staat beinhalten. Der würde sich aber möglicherweise auf eine autoritär gewandelte Form der Demokratie stützen, in der man das aktuell praktizierte Prinzip der Gewaltenteilung zugunsten einer Vorrangstellung der Exekutive aufgeben und die Bürgerrechte erheblich eingeschränkt hat.

Deficitspending und Mehrwert

Ein abschließender vergleichender Blick auf alle drei hier einander gegenüber gestellten ökonomischen Theorien zeigt zum Teil unerwartete Nähe- und Distanzrelationen. Zunächst aber zu einem wenig überraschender Aspekt. Ich meine damit die enge Beziehung zwischen dem marxistischen Konzept einer Systemtransformation und dem Transformationsgedanken der systemkritischen Keynesianer. Hier gibt es relativ große Übereinstimmung hinsichtlich der Richtung der erforderlichen sozial-ökologischen

Umgestaltung unserer Wirtschaft. Trennend ist bloß die bei der Analyse der Produktion und Aneignung des Mehrwerts entstandene Überzeugung der Marxisten, dass die angestrebte Transformation der Wirtschaft eine Vergesellschaftung von wesentlichen Bereichen des Produktionsapparats erfordert. Denn das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist nicht bloß verantwortlich für den allumfassenden und heutzutage zu meist eher zerstörerischen als schöpferischen Konkurrenzkampf. Es ist auch institutionelle Basis für die Profitorientierung der Produktion. Diese aber unterläuft alle an gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen orientierten Steuerungsbemühungen und liegt dem in einer kapitalistischen Wirtschaft unaufhebbaren Wachstumszwang zugrunde.

Zwei weitere Gemeinsamkeiten zwischen Marxisten und Keynesianern schließen auch die technokratisch orientierten Vertreter des letztgenannten Ansatzes ein. Die erste der beiden betrifft die Stärkung des vom Neoliberalismus nachhaltig beschädigten Sozialstaats. Bei der zweiten geht es um die Eindämmung der weit aufgerissenen sozialen Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern einer vom entfesselten Finanzkapital gesteuerten Wirtschaftsdynamik. Was nämlich den systemimmanent denkenden Keynesianern als Voraussetzung für eine umfassend funktionierende (und daher systemstabilisierende) Daseinsvorsorge sowie für die Stützung der Massenkaufkraft erscheint, gehört für alle an einer Systemtransformation orientierten Ökonomen zu den Zwischenzielen des von ihnen anvisierten Transformationspfads.

Bei der Einschätzung der von den Keynesianern forcierten Politik des Deficitspendings zeigt sich dann aber eine auf den ersten Blick überraschende Nähe zwischen marxistischen und neoliberalen Ökonomen. Denn die Marxisten unterscheiden gemeinsam mit letzteren klar zwischen dem Defizit, das bei der Bekämpfung einer akuten zyklischen Krise in Kauf zu nehmen ist, und jenem Defizit, das als Heilmittel gegen die chronische Wachstumsschwäche einer vom tendenziellen Fall der Profitrate betroffenen Wirtschaft fungieren soll. Genau wie ihre Zurückweisung des Privateigentums an den Produktionsmitteln resultiert die mit den neoliberalen Ökonomen geteilte Skepsis bezüglich der Erfolgchancen dieser zweiten Form des Deficitspendings aus ihrer Analyse der unter der Marktoberfläche angesiedelten Tiefenebene der Arbeitswerte.

Dauerhaft schwächelnde Renditen sind aus dieser Perspektive nur einem **chronischen Mehrwertmangel** geschuldet. Und kontinuierlich praktiziertes Deficitspending versucht besagten Mehrwertmangel auszugleichen durch permanente **Vorgriffe** auf erst zu schaffenden **Mehrwert**. Die von den Zentralbanken im Wechselspiel mit den sich verschuldenden Staaten praktizierte Geldschöpfung holt diesen potentiellen künftigen Mehrwert dann als Geld in die Gegenwart herein. Auch im Fall der mächtigsten Zentralbanken lebt daher die mit dem Deficitspending einhergehende Geldschöpfung letztlich vom Vertrauen aller Marktteilnehmer darauf, dass künftig die Arbeitskräfte den ihr entsprechenden Mehrwert tatsächlich erzeugen werden. Bricht dieses Vertrauen ein, ist es um den Wert des geschöpften Geldes geschehen.

Wer ist Utopist? Und was tun die Realisten?

Wie diese Überlegung zeigt, hängt der Erfolg der von den Keynesianern angepeilten Politik des kontinuierlichen Deficitspendings an einem seidenen Faden. Er ist in höchster Gefahr abzureißen, wenn die erhofften Multiplikatoreffekte nicht in einem Ausmaß eintreten, das die Produktion einer ausreichenden Menge an zusätzlichem Mehrwert sicherstellt. Letzteres aber ist, wie selbst die systemimmanent orientierten Keynesianer zugestehen, nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen **Rahmenbedingungen** möglich. Ich meine damit die Existenz eines die gesamte Gesellschaft umfassenden und vorhandene Klassengegensätze entschärfenden Gemeinschaftsprojekts. Dieses hätte bei den Kapitaleigentümern für die erforderliche Investitionsbereitschaft zu sorgen und bei den Lohnabhängigen und Konsumenten entsprechende Leistungs- und Konsumbereitschaft zu stimulieren. Darüber hinaus müsste dieses Projekt sowohl die Investitionsphantasien als auch die Konsumwünsche in ganz neue Richtungen lenken. Denn die in seinem Kontext zu leistende und zu konsumierende Mehrarbeit sollte ja nur Produkte und Dienstleistungen hervorbringen, die äußerst sorgsam mit den knappen materiellen Ressourcen unseres Planeten umgehen und eine entscheidende Verbesserung der Treibhausgasbilanz der Weltwirtschaft bewirken.

Auf dem Reißbrett gibt es dieses von den technokratischen Keynesianern **implizit vorausgesetzte** (!) Gemeinschaftsprojekt bereits. Es handelt sich dabei um den berühmten grünen New Deal. Das Problem dabei: Der genannte Deal existiert in unzähligen Varianten. Die systemkritischen Keynesianer haben einen, die EU-Kommission hat einen und selbstverständlich hat auch der Verband der Automobilindustrie einen. Wahrscheinlich gibt es so viele Varianten dieses grünen Deals wie es Interessenverbände gibt. Die Hoffnung, hier eine gehaltvolle und gesamtgesellschaftlich motivierende Schnittmenge zu finden und dann auch noch in die Praxis umzusetzen, ist angesichts der tiefen Spaltung unserer Gesellschaft nicht weniger utopisch als die marxistische Forderung einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die **einzigen Realisten** sind derzeit vermutlich die neoliberalen Wutspärer. Sie pochen darauf, dass der ganz real und nicht bloß in den Hirnen von Träumern existierende Markt letztlich alles wieder einrenken wird und besorgen sich für den Fall, dass er dies doch nicht tut, einen Waffenschein - natürlich nur zur Selbstverteidigung.